

Stadt	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Anwesende

Herr Oberbürgermeister Daniel Schranz

Frau Bürgermeisterin Elia Albrecht-Mainz

Herr Wolfgang Große Brömer

Frau Beatriks Brands

Herr Karl-Heinz Emmerich

Herr Klaus Kösling

Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck

Frau Dorothee Radtke

Herr Ulrich Real

Herr Horst Wolter

Herr Bürgermeister Klaus-Dieter Broß

Frau Simone-Tatjana Stehr

Herr Christian Benter

Frau Christa Müthing

Herr Werner Nakot

Herr Denis Osmann

Herr Saadettin Tüzün

Herr Andreas Blanke

Herr Norbert Axt

Herr Dr. Martin Goeke

Herr Yusuf Karacelik

Herr Peter Bruckhoff

Herr Hans-Otto Runkler

Herr Albert Karschti

Stadt	25.03.2019	Hauptausschuss
Oberhausen	15:00 Uhr	
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Verwaltung

Herr Dezernent Ralf Güldenzipf		Dezernat 0
Herr Beigeordneter Apostolos Tsalastras		Dezernat 1
Herr Beigeordneter Frank Motschull		Dezernat 2
Frau Beigeordnete Elke Münich		Dezernat 3
Herr Dezernent Jürgen Schmidt		Dezernat 4
Frau Beigeordnete Sabine Lauxen		Dezernat 5
Frau Britta Costecki		Gleichstellungsbeauftragte
Herr Michael Jehn		Bereich 0-1
Herr Hannes Fritsche		Bereich 0-1
Herr Daniel Erkens		Bereich 0-1
Frau Jutta Bach	Schriftführerin	Bereich 0-1
Herr Michael Pfitzner		Bereich 9-5
Herr Nino Dreier		Bereich 3-1
Herr Achim Kawicki		Bereich 4-1
Frau Tanja Januschewski		Bereich 4-1
Herr Klaus Hußmann		Bereich 0-7

Außerdem

Herr Joachim Bäumer Geschäftsführer SPD-Fraktion
 Herr Frank Lamers Geschäftsführer CDU-Fraktion
 Herr Armin Röpell Geschäftsführer DIE GRÜNEN
 Herr David Driever Geschäftsführer LINKE LISTE-Fraktion
 Frau Regina Boos Geschäftsführerin FDP im Rat
 Herr Werner Nowak Geschäftsführer Gruppe Offen für Bürger
 Herr Patrick Brenger SPD-Fraktion
 Herr Immanuel Schuler FDP im Rat

Stadt Oberhausen	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Berichte aus den Dezernaten (mündlich)
 - 1.1 Sachstand Haus des Jugendrechts und gemeinsame Anlaufstelle auf der Marktstraße
Berichterstatte: Herr Dezernent Jürgen Schmidt
 - 1.2 Förderbescheid zur Wohnraumförderung 2019
Berichterstatte: Frau Beigeordnete Sabine Lauxen
- 2 Sachstand Stadtentwicklungsprojekte
- 3 Zwischenbericht "Masterplan Wirtschaft"
Vorlage: M/16/4550-01
- 4 Jahresbericht 2017/2018 der Gleichstellungsstelle der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/16/4425-01
- 5 Dringlichkeitsentscheidung
Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo)
hier: Änderung der Gesellschaftsverträge der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH (KSBG GmbH)
Vorlage: B/16/4500-01
- 6 1. Änderungssatzung zur Betriebssatzung für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/16/4494-01
- 7 Konzept zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Oberhausen
Vorlage: B/16/4461-01
 - 7.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion im Rat gemäß § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt zur Vorlage B/16/4461-01
Vorlage: A/16/4516-01

Stadt Oberhausen	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

- 7.2 Änderungsantrag von „BOB im Rat“ gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt zur Drucksache Nr. B/16/4461-01
Vorlage: A/16/4574-01
- 8 Darstellung der Beitragserhebung nach § 8 KAG NRW in Oberhausen aufgrund der aktuellen Diskussionen
Vorlage: M/16/4545-01
- 9 Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung (GO) NRW: „Sofort mehr Rücksicht auf Zahlungskraft der Bürger bei Straßenbaubeitrag nehmen“
Vorlage: B/16/4487-01
- 10 Antrag der SPD-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht „Einrichtung eines Online-Mängelmelders bzw. einer Mängel-App“
Vorlage: A/16/4570-01

Stadt	25.03.2019	Hauptausschuss
Oberhausen	15:00 Uhr	
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Formelle Feststellungen und Hinweise

OB Schranz eröffnet die 36. Sitzung des Hauptausschusses in der Wahlperiode 2014/ 2020 und begrüßt alle sehr herzlich: darunter die Gäste, den Vertreter der örtlichen Medien und ganz besonders Herrn Dez. Schmidt, der heute Geburtstag hat.

Anwesend sind 23 Ausschussmitglieder. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.
Die Einladung ist den Mitgliedern am 15.03.2019 form- und fristgerecht zugeleitet worden.

Zu TOP I/1 „Berichte aus den Dezernaten mündlich“ liegen zwei Berichtswünsche vor:

- Sachstand Haus des Jugendrechts und gemeinsame Anlaufstelle an der Marktstraße
Berichterstatte: Dez. Schmidt
- Budgetzuweisungen zur Wohnraumförderung 2019
Berichterstatte: Beigeordnete Lauxen

Zu TOP I/2 „Sachstand Stadtentwicklungsprojekte“ liegen für den öffentlichen Teil keine Berichtswünsche vor:

Ebenso liegen keine Berichtswünsche zu TOP II/1 „Berichte aus den Dezernaten mündlich“ für den nichtöffentlichen Teil vor.

Am 18.3.2019 ist ein Vorschlag der SPD-Fraktion gemäß § 2 der GeschO zur Aufnahme des folgenden TOP übermittelt worden:

- Sachstandsbericht „Einrichtung eines Online-Mängelmelders bzw. einer Mängel-App“

Die Berichterstattung wird Dez. Schmidt unter TOP 10 neu vornehmen.

Am 19.3.2019 eingegangen ist ein Änderungsantrag der Gruppe BOB im Rat zu TOP 7/Konzept zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. OB Schranz schlägt vor, diesen gemeinsam mit der Verwaltungsvorlage und dem Änderungsantrag der SPD unter TOP 7.2 neu zu beraten. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Ankündigung letzte Woche Donnerstag im FPA hin, dass bis zur Ratssitzung möglicherweise ein gemeinsamer Antrag auf den Weg gebracht wird.

Stadtv. Große Brömer schlägt vor, die Beratung über TOP 7 auf die Ratssitzung zu verschieben.

OB Schranz sieht keine Bedenken gegen die vorgeschlagene Vorgehensweise. Der Hauptausschuss berät heute formal vor. Die abschließende Diskussion erfolgt in der Ratssitzung.

OB Schranz stellt fest, dass es keine weiteren Anregungen oder Einwendungen zur erweiterten Tagesordnung gibt.

Stadt Oberhausen	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Berichte aus den Dezernaten (mündlich)

1.1. Sachstand Haus des Jugendrechts und gemeinsame Anlaufstelle an der Marktstraße Berichterstatte: Herr Dezernent Jürgen Schmidt

Dez. Schmidt ist ursprünglich davon ausgegangen, Mietverträge präsentieren zu können. Es gab einen Austausch mit allen Nutzern. Die Rahmenbedingungen, die bei dem Sicherheitsaspekt eine Rolle spielen, haben zu Nachgesprächen geführt. Zum Ende der Woche wurden die Details mitgeteilt, die, sobald alle Probleme ausgeräumt sind, in eine Vorlage für den Rat einfließen werden. An dieser Stelle könnte es die Notwendigkeit geben, die Entscheidung im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen. Er wirbt dafür, dieses Instrument nutzen zu dürfen.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2. Förderbescheid zur Wohnraumförderung 2019 Berichterstatte: Frau Beigeordnete Sabine Lauxen

Frau Beig. Lauxen berichtet, dass zwei Förderungszusagen aus dem Wohnraumförderungsprogramm 2018 - 2022 in Höhe von insgesamt 1,64 Mio. € zur Eigentums- und Mietraumförderung vorliegen. Eine weitere Förderung erfolgt nach der Richtlinie zur Förderung der Modernisierung von Wohnraum in NRW in Höhe von 1,193 Mio. €. Über die Mittelverwendung wird sie im Planungsausschuss berichten.

Stadtv. Karschti bittet um eine kontinuierliche Berichterstattung.

Frau Beig. Lauxen verweist diesbezüglich erneut auf den Planungsausschuss.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

2. Sachstand Stadtentwicklungsprojekte

Es liegen keine Berichtswünsche vor.

3. Zwischenbericht "Masterplan Wirtschaft" Vorlage: M/16/4550-01

Dez. Gülden-zopf beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass es sich lediglich um einen Zwischenbericht handelt, denn der Weg zum Ziel ist noch weit. Dennoch gibt es neben den Herausforderungen durch die geringe Wirtschaftskraft, die hohen Sozialkosten und die hohe Schuldenlast auch Möglichkeiten aufgrund des ausgeglichenen Haushalts, der integrierten Handlungskonzepte und des Teilhabechancengesetzes. Es ist gelungen, eine möglichst breite Beteiligung von Unternehmern mit ihren Vorstellungen und Lösungen in dem Prozess zu verankern. Getragen wird der Prozess durch ein Gremium, nämlich den Lenkungs-kreis. Es gibt fünf ver-

Stadt	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

schiedene Themenfelder. Die Themen Wissenschaft, Innovation, Gründung werden hauptverantwortlich organisiert durch das Fraunhofer Insitut Umsicht, zukunftsfähige Standortfaktoren durch die IHK, das Zukunftsprofil des Standorts durch den Unternehmerverband, Smart City durch die Stadt Oberhausen und Arbeit, Schule, Bildung, Qualifikation durch die Bundesagentur für Arbeit bis hin zu einer Steuerung von Zwischenergebnissen. Zum Prozessauftakt waren es 150 Personen, die sich in 15 Workshops eingebracht haben. Mittlerweile engagieren sich 200 Personen aus Unternehmen, Verbänden, Politik und Verwaltung. Sein Dank für die Unterstützung gilt den Anwesenden, sowie den Unternehmen für die permanente als auch die sporadische Begleitung und Beteiligung. Er dankt ferner den Beteiligten aus der Verwaltung und Politik für die 110 Ideen, die bislang zusammengetragen worden sind. In der Konkretisierungs- und Finalisierungsphase wird es darum gehen, in Themen-Hubs zu finalisieren, priorisieren und eine Abstimmung im Lenkungskreis herbeizuführen. Am Ende des Jahres sind die Fertigstellung des Masterplans und Präsentation vorgesehen.

Die Fragen von **Stadtv. Blanke, Stadtv. Karschti, Stadtv. Runkler, Frau Stadtv. Stehr** beantwortet **Dez. Güldenzopf**.

Stadtv. Blanke bedankt sich für die interessanten Impulse in der Vorlage und weist darauf hin, dass mit Blick auf den Zwischenbericht seine Fraktion noch einige weitere, wichtige Impulse geben möchte, die er in der Vorlage nicht gefunden hat. In Zeile 17 geht es um Ziele, die erreicht werden können. Die Frage ist: Wie ist man zu der Definition dieser Ziele gekommen, wie wurden sie festgelegt und welcher Handlungsbedarf ist daraus abgeleitet worden? Bei dem Versuch, die Fragen selbst zu beantworten, hat er eine Vorlage aus dem Jahr 2015 gefunden, in der es um den Beschluss der Neustrukturierung des Wirtschaftsstandorts Oberhausen ging. Da hat man sich bereits mit den einzelnen Clustern beschäftigt. In diesem Zusammenhang hat seine Fraktion damals bereits auf die wichtige Frage hingewiesen, wie man Ökologie mit Ökonomie verbindet. Das Thema Flächenpolitik ist mit der Frage verbunden, wie man an Flächen mit Grundfreiraum kommt. Langfristig sollte geprüft werden, wo es weitere Flächen gibt und wie man diese entwickeln kann. Was den Lenkungskreis betrifft, so hält er die Betrachtung der reinen Wirtschaft für eine eingeschränkte Sichtweise. Ihm fehlen die Vertreter für Zukunftsthemen wie beispielsweise der Gedanke: Oberhausen als Gesundheitsstandort, klimafreundliche und familienfreundliche Stadt, Ansiedlung von Fachkräften, die möglichst mit ihren Familien nach Oberhausen kommen.

Bei den Maßnahmen möchte er auf einige Irritationen hinweisen. Es ist z. B. vorgesehen, die Renaturierung von Läppkes Mühlenbach zur Ansiedlung von Büroimmobilien zu nutzen. Nach seiner Information ist die Fläche ausschließlich für den Wohnungsbau gedacht. Was ist gemeint mit dem Kulturentwicklungsplan der Szenestadt Oberhausen? Wichtig wäre ihm, dass Dinge nicht in die falsche Richtung laufen. Die Themen Freizeit und Gesundheit sollten vermehrt mitgedacht werden und es sollten nicht so viele Gedanken in die Flächenvermarktung investiert werden. Sofern es Protokolle gab, bittet er darum, diese der Politik zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. Karschti hält fest, dass die Stadt Oberhausen Begleiter und Partner in diesem Prozess ist. Der Fokus liegt auf dem Einzelhandel. Man sollte die statistischen Instrumente stärker nutzen. Unter Zugrundelegung der vorliegenden Zahlen sollten qualitative und quantitative Ziele gesetzt werden. Einige Ziele sind bereits erreicht, viele andere noch nicht. Der Hochschulstandort sollte als Ziel nicht aus den Augen verloren werden. Ebenfalls im Blick behalten werden müssen die Themen Kaufkraft, Soziallast und Schuldenlast.

Stadtv. Runkler hat aufgrund der übergreifenden Themen wie auch der Ideen den Eindruck, dass der Fokus sehr stark auf Innovation im Sinne von Neuansiedlung und nicht Innovation im Sinne der bestehenden Wirtschaft liegt. Es geht um die Frage, inwieweit nicht nur die Ansiedlungsbedingungen, sondern auch der Erhalt von Arbeitsplätzen berücksichtigt werden. Das ist nicht so deutlich zu erkennen. Er zeigt sich verwundert, dass keine Idee zu dem Thema der

Stadt	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

zukunftsorientierten Standortqualität Gewerbesteuer oder Grundsteuer angeführt wurde. Den Informationen im FPA war zu entnehmen, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer im Jahr 2018, die von Seiten der Bezirksregierung gefordert wurde, nicht notwendig gewesen wäre. Ein sinnvolles Ziel wäre daher nach seiner Auffassung eine Betrachtung im Rahmen des Nachtragshaushalts.

Frau Stadtv. Stehr macht in Richtung des Stadtv. Blanke darauf aufmerksam, dass es nicht um den Masterplan Oberhausen, sondern Wirtschaft geht. Wenn Themen wie Gesundheit, Arbeitsplätze, Familien- und Klimafreundlichkeit Berücksichtigung finden sollen, ist die Rede von etwas anderem. Es handelt sich um einen Prozess, in dem die Politik sich wünscht, eingebunden zu werden. Für ausgesprochen begrüßenswert hält sie, dass sich bereits etwa 200 Experten in den Prozess eingebracht haben. Die Impulse, die für eine Mitarbeit gesetzt werden, scheinen motivierend zu sein.

Dez. Gülden-zopf weist darauf hin, dass Themen wie Gesundheit allein durch die Beteiligung des Fraunhofer Instituts und die Ansiedlung von The Mirai nicht außen vor bleiben können und weiter diskutiert werden. Das gleiche gilt für die Gewerbesteuer. An einigen Stellen wurden erst einmal Wünsche und Vorstellungen wiedergegeben. Wenn es bereits Ziele und Vorgaben gibt, wird man an diesen Stellen auch die vorgegebenen Grenzen einhalten. Die nähere Betrachtung erfolgt in der kommenden Phase. Die Zukunftsthemen sind im Lenkungs-kreis gut repräsentiert. Dass Oberhausen nur begrenzte Flächen hat und mit Ressourcen vorsichtig umgehen muss, ist bekannt und wird in der Wirtschaft und der IHK mitgedacht. Mit der Szenestadt ist die kulturelle Szene gemeint. Hier stellt sich die Frage, wie kann man die Szene Kultur strategisch weiter stärken und entwickeln.

OB Schranz lädt mit Blick auf die weitere Entwicklung alle Fraktionen und Gruppen nicht nur herzlich ein, sondern fordert sie sogar auf, an den Sitzungen zur Erarbeitung eines Masterplans für den Wirtschaftsstandort Oberhausen teilzunehmen. Die Chance wahrzunehmen, sich im laufenden Prozess einzubringen, hält er für ausgesprochen wichtig.

Dez. Gülden-zopf wird darauf achten, dass als Teilnehmerkreis bei den Veranstaltungen auch die Politik umfassend berücksichtigt wird.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

4. Jahresbericht 2017/2018 der Gleichstellungsstelle der Stadt Oberhausen Vorlage: B/16/4425-01

Stadtv. Karschti hinterfragt zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement die rote Ampel und die dahinter stehende Aussage, dass es seit dem Jahr 2014 keinen neuen Sachstand gibt.

Dez. Schmidt teilt mit, dass ein integriertes Gesamtkonzept mit der zurzeit stattfindenden Organisationsuntersuchung im Bereich 4-1 erarbeitet werden soll.

Der Hauptausschuss nimmt den Jahresbericht 2017/2018 der Gleichstellungsstelle zur Kenntnis und hat - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - die Drucksache B/16/4425-01 einstimmig zustimmend vorberaten.

Stadt Oberhausen	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

- 5. Dringlichkeitsentscheidung**
Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo)
hier: Änderung der Gesellschaftsverträge der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG KG) und der KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH (KSBG GmbH)
Vorlage: B/16/4500-01

Stadtv. Karschti merkt an, dass erfreulicherweise ein Weg in Vorbereitung ist, aus der STEAG/KSBG aussteigen zu können.

Stadtv. Blanke hat den Eindruck, dass Duisburg noch keine Initiative ergriffen hat. Er fragt sich, welche Auswirkungen das haben könnte, wenn Duisburg sich nicht beteiligt.

OB Schranz berichtet, dass Gegenstand aller Gespräche war, die Änderung allen Räten der beteiligten Konsorten zur Beschlussfassung vorzulegen. In drei Räten, zu denen auch der Oberhausener gehört, erfolgt die Beratung öffentlich, in den drei anderen nichtöffentlich.

Der Hauptausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - fasst einstimmig folgenden Beschluss:

"1. Der Hauptausschuss stimmt der Änderung der Gesellschaftsverträge der KSBG KG und der KSBG GmbH als Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 S.1 GO NRW zu.

2. Den auf Vorschlag des Rates der Stadt gewählten Vertretern im Aufsichtsrat der evo wird empfohlen, bei der Aufsichtsratssitzung der evo der Änderung der Gesellschaftsverträge der KSBG KG und der KSBG GmbH zuzustimmen."

- 6. 1. Änderungssatzung zur Betriebssatzung für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen**
Vorlage: B/16/4494-01

OB Schranz macht darauf aufmerksam, dass bei der 1. Änderungssatzung zur Betriebssatzung der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen ein redaktioneller Fehler entstanden ist.

Es muss in der Satzung unter Artikel 1 heißen: **§ 2 Abs. 5 wird um den folgenden Satz 2 ergänzt** und nicht um die folgenden Sätze 2 und 3.

Der Hauptausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache B/16/4494-01 mit einer redaktioneller Änderung in der als Anlage beigefügten 1. Änderungssatzung zur Betriebssatzung für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen einstimmig zustimmend vorberaten.

- 7. Konzept zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Oberhausen**
Vorlage: B/16/4461-01

OB Schranz ruft unter TOP 7/Konzept zur Beratung der Langzeitarbeitslosigkeit in Oberhausen die Drucksache Nr. B/16/4461-01 gemeinsam mit den Änderungsanträgen der SPD, Drucksache Nr. A/16/4516-01 (TOP 7.1) und der Gruppe BOB im Rat, Drucksache Nr. A/16/4574-01

Stadt Oberhausen	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

(TOP 7.2) zur Beratung auf. Wie bereits im Rahmen der formellen Feststellungen ausgeführt, gab es die Verständigung, das Thema als vorberaten zu betrachten und die eigentliche Diskussion in der Ratssitzung führen zu wollen.
Die Vorberatungsergebnisse sind bei den einzelnen TOP hinterlegt.

Der Hauptausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache B/16/4461-01 ohne Votum vorberaten.

9. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der BFO wird empfohlen, die zur Umsetzung der vorstehenden Entscheidungen zu Punkt 5 und 6 erforderlichen Beschlüsse zu fassen."

**7.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion im Rat gemäß § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt zur Vorlage B/16/4461-01
Vorlage: A/16/4516-01**

Der Hauptausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache A/16/4516-01 ohne Votum vorberaten.

**7.2. Änderungsantrag von „BOB im Rat“ gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt
zur Drucksache Nr. B/16/4461-01
Vorlage: A/16/4574-01**

Der Hauptausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - hat die Drucksache A/16/4574-01 ohne Votum vorberaten.

**8. Darstellung der Beitragserhebung nach § 8 KAG NRW in Oberhausen aufgrund der aktuellen Diskussionen
Vorlage: M/16/4545-01**

Stadtv. Karschti hält die Stellungnahme der Verwaltung für einen guten, aber auch längst fälligen Bericht. Es geht um ein Thema, das die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Wichtig wäre nach seiner Auffassung, wenn die Verwaltung den Weg der Transparenz fortsetzen würde und den Zustand der Straßen in einem Kataster führen würde. Dadurch würde sie mehr Verständnis für ihr Vorgehen erhalten.

Stadtv. Dr. Goeke fragt nach, wie häufig es vorkommt, dass sich Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung wenden, um eine Ratenzahlung zu beantragen und über welchen Zeitraum diese möglich ist. Ferner stellt sich ihm die Frage, ob ein Straßenumbau und -neubau immer einen wirtschaftlichen Vorteil bringt.

Frau Beig. Lauxen wird im Planungsausschuss die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger nachreichen, die eine Ratenzahlung beantragt haben. Das geführte Kataster der Firma CAOS ist ein Zustandskataster, das regelmäßig von der WBO aktualisiert und gepflegt und in den Bürgerversammlungen erläutert wird. Das ist ihrem Vorredner, Stadtv. Karschti, auch bekannt.

Stadt Oberhausen	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Stadtv. Runkler macht darauf aufmerksam, dass hier ein recht komplizierter Sachverhalt zugrunde liegt. Es geht bei dem Beitragsrecht um ein nahezu lückenloses Richterrecht. In Duisburg liegt der Beitragssatz bei 51 %, in Oberhausen ist er höher. Das liegt seiner Meinung nach wohl auch mit an der Kommunalaufsicht. Anderenfalls könnte Oberhausen auch auf 51 % zurückgehen.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**9. Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung (GO) NRW: „Sofort mehr Rücksicht auf Zahlungskraft der Bürger bei Straßenbaubeitrag nehmen“
Vorlage: B/16/4487-01**

Stadtv. Karschti zeigt auf, dass Anregungen oder Beschwerden nach § 24 GO NRW den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit verschaffen, sich an ein Gremium wie den Hauptausschuss zu wenden, der sich daraufhin mit ihrem Anliegen befasst. Vorliegend geht es u.a. um die Prüfung, ob die geplanten Straßenbaumaßnahmen in dem vorgesehen Umfang auch tatsächlich wirtschaftlich notwendig sind. Die Verwaltung hat in dieser Angelegenheit einen Ermessensspielraum. Er wirbt daher dafür, dem Antragsbegehren der Petenten zuzustimmen.

Stadtv. Mellis weist darauf hin, dass ein Bestandteil der Anregung der drei Bürgerinnen und Bürger u. a. die Einbindung in Entscheidungsprozesse ist. Auf dieses Begehren nimmt die Vorlage keinen Bezug. Es wird auf Beteiligungsprozesse wie Bürgerversammlungen hingewiesen, jedoch ist es nach seiner Auffassung ein Unterschied, ob der Bürger in einen Beteiligungsprozess oder Entscheidungsprozess eingebunden wird.

Stadtv. Runkler macht darauf aufmerksam, den Änderungsantrag zur Erhebung von KAG-Beiträgen, dem der Rat im Dezember 2018 zugestimmt hat, mit initiiert zu haben. Dadurch soll sichergestellt werden, dass entgegen der bisherigen Praxis nach Durchführung der Bürgerbeteiligung das zuständige Ratsgremium erneut über das Ausmaß der Maßnahme abstimmt. Bei den Richtlinien hat die Verwaltung Spielraum. Deshalb schlägt er vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, indem der Hauptausschuss heute feststellt, dass „die Anregungen aufgegriffen werden“. Das schließt nicht aus, dass sich die Verwaltung in der Vergangenheit korrekt verhalten hat. Es zeigt aber auch, wo politisch etwas genauer hingeschaut werden müsste.

OB Schranz hält fest, dass es drei verschiedene Möglichkeiten für eine Beschlussfassung gibt: 1. dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, 2. dem Vorschlag von Stadtv. Karschti und damit den Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu folgen oder 3. den Vorschlag von Stadtv. Runkler aufzugreifen und die Formulierung dahingehend zu ändern, dass die Anregungen aufgegriffen werden.

Frau Stadt. Stehr hält es für angemessen, die Anregung von Stadtv. Runkler aufzugreifen, da die Kommunen nur geltendes Recht umsetzen.

Der Hauptausschuss - mit Beteiligung des Oberbürgermeisters - fasst einstimmig bei Enthaltung der Ratsgruppe Offen für Bürger folgenden geänderten Beschluss:

„Der Hauptausschuss stellt fest, dass die Anregungen aufgegriffen werden.“

Stadt Oberhausen	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

- 10. Antrag der SPD-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Sachstandsbericht „Einrichtung eines Online-Mängelmelders bzw. einer Mängel-App“
Vorlage: A/16/4570-01**

Stadtv. Große Brömer zeigt auf, dass die zum Teil massiven Nachfragen zu der Nichtreaktion auf Email-Nachfragen der Adresse beschwerde@oberhausen.de bzw. der Hotline der Anlass für die Antragstellung sind. Vor dem Hintergrund von Diskussionen über e-government und digitalem Bürgerservice sollte man solche Kleinigkeiten zügig in den Griff bekommen. Eine Lösung könnte analog dem Beispiel der Stadt Osnabrück eine Beschwerde-App sein, bei der jeder Bürger mit seinem Handy ortsbezogen direkt seine Beschwerde bekannt geben kann.

Dez. Schmidt berichtet, dass es aktuell folgende Zugangsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zur Mitteilung von Mängeln gibt: telefonische Hotlines, einen bundesweiten Mängelmelder und eine App der WBO. In der Service-Line der Stadt Oberhausen gehen derzeit etwa 5.000 Anrufe pro Woche ein. Die ca. 3.000 Beschwerden pro Jahr erreichen die Verwaltung über die o. g. verschiedenen Quellen. Zwei Drittel gelangen über die App der WBO an die Verwaltung.

Bis vor kurzem gab es aufgrund veralteter Technik ein Problem bei der Service-Line, das zwischenzeitlich abgestellt werden konnte. Dez. Schmidt teilt die Auffassung der Antragsteller, dass zusätzlich eine städtische App geschaltet werden sollte. Im Augenblick wird über die Möglichkeit nachgedacht, die WBO-App zu modifizieren, oder die Nutzung anderer Software-Lösungen. Er geht davon aus, bis zum Ende des ersten Halbjahres einen konkreten Vorschlag unterbreiten zu können.

Für **Stadtv. Karschti** ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Es geht nicht nur um die Entgegnahme von Beschwerden, sondern auch deren Abarbeitung.

Stadtv. Blanke hält es für wichtig, ein zeitgemäßes Instrument zu finden. Was die Modifizierung der WBO-App anbelangt, so ist zu berücksichtigen, dass diese ein Bekanntheitsdefizit hat. Auch er sieht die Notwendigkeit, eine schnelle Behebung der Mängel sicherzustellen, da andernfalls die Nutzung der App sinken wird.

Dez. Schmidt teilt mit, dass eine Vielzahl der Beschwerden unverzüglich an die OGM und WBO weitergeleitet werden. Am Beispiel der wilden Müllkippen wird deutlich, dass an dieser Stelle eine zügige Abarbeitung erfolgt. Allerdings muss auch darauf hingewiesen werden, dass zu den 3.000 jährlichen Beschwerden auch solche zählen, die die Stadt nicht lösen kann, weil es sich z. B. um eine Angelegenheit von Privateigentümern handelt. Dennoch bleibt die Unzufriedenheit. Es hat eine Personalanalyse für eine funktionelle Service-Line gegeben. Bei massiven Krankheitsfällen, wie in der Vergangenheit geschehen, wird es ohne Qualitätsverlust nicht gehen, da während dieser Zeit vorübergehend Kollegen aus anderen Bereichen das Stammpersonal vertreten. Gerne werden die Anregungen aufgenommen, eine städtische App einzuführen. Er glaubt, auf diesem Weg der Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger begegnen zu können.

Stadtv. Runkler findet es gut, wenn auf die WBO-App eine praktikable Lösung aufgesattelt wird. Er hat den Antrag der SPD so verstanden, dass Mängelmeldungen über wilde Müllkippen hinausgehen und ist daher gespannt, was am Ende dabei herauskommt.

Stadt Oberhausen	25.03.2019 15:00 Uhr	Hauptausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
36. Sitzung des Hauptausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Ende des öffentlichen Teils: 16:35 Uhr

Oberbürgermeister
Daniel Schranz

Schriftführerin
Jutta Bach